

Helmut Trotnow, Tagesspiegel Berlin, 13. August 2001

Brandherd Berlin

Die Westmächte setzten im Streit mit Moskau auf Verhandlungen - sogar die Teilung der Sektorenstadt war denkbar

Die Berliner Bevölkerung hat es Konrad Adenauer nie verziehen, dass er sie am 13. August 1961 alleine ließ, als das DDR-Regime den Stacheldraht ausrollte und die Stadt teilte. US-Präsident Johnson kommt eher aus Washington nach Berlin als der Bundeskanzler aus Bonn, lautete damals eine bitter-ironische Redewendung. John F. Kennedy hatte in der Tat seinen Vize zur moralischen Unterstützung am 18. August nach Berlin entsandt. Adenauer kam vier Tage später. Fairerweise sei hinzugefügt, dass er gemeinsam mit Johnson hatte anreisen wollen. Doch die amerikanische Regierung sagte „Nein“. Berlin war Sache der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, und die Sowjetunion hatte wiederholt scharf gegen die Bundespräsenz in Berlin protestiert. Die Geschichte des Mauerbaus hat bereits die Zeitzeugen zu intensiver Forschung veranlasst. Solange es jedoch den Kalten Krieg gab und die Archive in West wie Ost geschlossen blieben, konnte über die Ursachen und Zusammenhänge nur spekuliert werden. Pünktlich zum 40. Jahrestag legt der in Innsbruck lehrende Historiker Rolf Steininger ein Buch vor, das erstmals für den deutschen Leser den Blick freigibt hinter die Regierungskulissen auf westlicher Seite. In geduldiger Kleinarbeit hat er amerikanische und britische Regierungsakten zusammengetragen und zu einer Geschichte der zweiten Berlin-Krise von 1958 bis 1963 verarbeitet. Das Ergebnis ist sensationell. Manches lieb gewordene „Vorurteil“ muss nun wohl zu den Akten gelegt werden.

Sowohl 1961 als auch 1989 stand das DDR-Regime vor dem Zusammenbruch. Beim ersten Mal war die Sowjetunion stark genug und ließ die Mauer bauen. Beim zweiten Mal reichte die Kraft nicht mehr, die deutsche Einheit kam. Vorab jedoch mussten all jene Punkte mit den westlichen Verbündeten geklärt werden, die in der zweiten Berlin-Krise zu heftigen Kontroversen zwischen Bundeskanzler Adenauer und den anglo-amerikanischen Partnern geführt hatten. Letztlich ist es aber doch die konsequente Unterstützung der USA gewesen, mit deren Hilfe Adenauers Nachfolger, Helmut Kohl, die deutsche Einheit vollenden konnte.

Die Ursprünge der Berlin-Problematik gehen zurück bis in die Endphase des Zweiten Weltkrieges. Schon damals hatte sich Josef Stalin entschieden, die im Krieg eroberten Gebiete nach sowjetischem Vorbild umzugestalten. Berlin, mitten in der sowjetischen Besatzungszone gelegen, aber gemeinsam mit den westlichen Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich besetzt, stand dem im Wege. Um die Westmächte aus der Stadt zu verdrängen, verhängte er im Juni 1948 eine Blockade über die Stadt und löste damit die erste Berlin-Krise aus. Nur die Luftbrücke verhinderte die militärische Konfrontation.

Das Problem Berlin blieb aber bestehen. Im Laufe der Zeit wurde es zur „Gräte im Rachen der Sowjetunion“, wie es Stalins Nachfolger, Nikita Chruschtschow, einmal drastisch formulierte. Zehn Jahre später kam es zur zweiten Krise, als Chruschtschow die Westmächte ultimativ aufforderte, ihre Truppen aus Berlin abzuziehen und einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zu schließen.

Laut Steininger lief die Berlin-Krise in drei Phasen ab. Die erste Phase begann im November 1958 und endete im Mai 1960, als der Sowjetführer den Pariser Gipfel mit US-Präsident Dwight D. Eisenhower platzen ließ. Der Absturz des amerikanischen Spionageflugzeuges U-2 war nur ein Vorwand. Seine Hoffnung, die Westmächte zu Verhandlungen zu bewegen, hatte sich nicht erfüllt. Adenauer war über das Scheitern geradezu beglückt. Erleichtert bemerkte er gegenüber seinem Pressechef, Felix von Eckardt: „Wir haben nochmals fies Jllück jehabt.“ Das Ziel der Wiedervereinigung, zu dem sich auch die Westmächte bekannten, durfte nicht verwässert werden.

Die zweite Phase wurde von der Konfrontation zwischen Chruschtschow und Kennedy bestimmt. Der Mauerbau 1961 und die Kuba-Krise ein Jahr später waren die Höhepunkte. Das Wort „Mauer“, so Steininger

ger, kommt in den Regierungsakten kein einziges Mal vor. Verwunderlich ist dies nicht. Zum einen konzentrierten sich die Westmächte auf die Zugangswege, wo sie Maßnahmen der kommunistischen Seite erwarteten. Zum anderen war ihnen seit langem klar, dass die DDR den ständigen Flüchtlingsstrom stoppen musste, wollte sie nicht ausbluten. Im März 1960 teilte der amerikanische Botschafter in Moskau, Llewelyn Thompson, Außenminister Dean Rusk mit: "Falls wir davon ausgehen, dass die Sowjets die Berlin-Krise nicht weiter verschärfen, dann müssen wir zumindest damit rechnen, dass die Ostdeutschen die Sektorengrenze abriegeln." Die dritte Phase schließlich bestand aus den intensiven Verhandlungsbemühungen, mit denen Kennedy den Brandherd Berlin eindämmen wollte. Die amerikanischen und britischen Dokumente machen dabei unmissverständlich klar, dass die Wiedervereinigung kein Gewicht mehr hatte. Sogar die Teilung wollten Amerikaner und Briten notfalls hinnehmen, was Steininger veranlasst, von „Skandal“ zu sprechen.

Der Vorwurf ist allerdings voreilig, denn noch sind die französischen und vor allem die deutschen Akten, Ost wie West, verschlossen. Darüber hinaus war die Haltung der Bundesregierung in dieser Phase alles andere als überzeugend. Verärgert bemerkte der britische Premier Harold Macmillan: „Es ist unsinnig, wenn die Westdeutschen so tun, als ob die Ostdeutschen nicht existieren, aber gleichzeitig Handel mit den Ostdeutschen in einer Größenordnung von 300 Millionen Pfund im Jahr treiben“.

Die Verhandlungen mit Chruschtschow offenbarten erstmals die wahren Ziele der sowjetischen Politik. Die Teilung Berlins gehörte nicht dazu. Dies war eher ein Nebenprodukt der Krise. Die Sowjetunion wollte die Anerkennung der Verhältnisse, wie sie mit dem Zweiten Weltkrieg in Europa entstanden waren. Dazu gehörte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ebenso wie die Respektierung der DDR. Als Drittes wollten die Sowjets sicherstellen, dass weder die Bundeswehr noch die Nationale Volksarmee jemals mit Atomwaffen ausgerüstet werden konnten. Die Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens im Sommer 1963 stellte dies sicher.

Die Realisierung der beiden anderen Ziele wurde erst Jahre später durch die Ostpolitik von Willy Brandt möglich. Zum Friedensvertrag kam es jedoch nicht. Vielleicht, so spekulierte der britische Botschafter in Bonn, Christopher Steel, hatte Chruschtschow im Verlauf der Krise erkannt, dass es besser war, wenn der „ideologische Spinner“ Walter Ulbricht nicht in die Lage versetzt wurde, „auf der Autobahn einen Krieg zu beginnen“.